

MATTHIAS KRAMM (HRSG.)

RECHTE FÜR FLÜSSE, BERGE UND WÄLDER

EINE NEUE PERSPEKTIVE FÜR
DEN NATURSCHUTZ?

Leseprobe

Rechte für Flüsse, Berge und Wälder

Eine neue Perspektive für den Naturschutz?

Matthias Kramm (Hrsg.)

Hans Leo Bader, Riccarda Flemmer, Jenny García Ruales,
Andreas Gutmann, Alex Putzer, Frank Raddatz, Jula Zenetti

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: „Rechte für Flüsse, Berge und Wälder“ – eine revolutionäre Idee...?

I. Warum die Natur Rechte haben sollte

1. Unternehmen als Rechtspersonen und Ausbeutung der Natur
2. Klimawandel und effektiver Naturschutz
3. Indigene Völker und ihr Weltbild

II. Rechte für Mutter Natur

1. Der Fall Ecuador
2. Der Fall Bolivien
3. Der Fall Kolumbien

III. Rechte für Flüsse, Berge und Wälder

1. Der Whanganui Fluss (Neuseeland)
2. Mar Menor (Spanien)
3. Die Nordsee (Niederlande)
4. Rechte der Natur in Deutschland – eine Option?

IV. Rechtsphilosophische Aspekte

1. Die Natur als Rechtsperson
2. Die Natur vor Gericht
3. Jenseits vom Rechtsdiskurs

V. Rechte und Theater

Einleitung: „Rechte für Flüsse, Berge und Wälder“ – eine revolutionäre Idee...? (Matthias Kramm)

Christopher Stone hat sich nie als Umweltaktivist verstanden oder gar Bäume besetzt. Und doch sollte er, im jungen Alter von 34 Jahren, einen Aufsatz zum Thema Naturrechte veröffentlichen, der die öffentliche Diskussion nachhaltig verändern würde. Seine Idee, dass Wälder und Flüsse Rechte haben sollten, ist derzeit weltweit auf dem Vormarsch. So erhielt Ecuador im Jahr 2008 eine neue Verfassung, die Mutter Natur Rechte zuerkennt. 2012 schloss sich Bolivien mit einem vergleichbaren Gesetz an. 2014 wurden einem Nationalpark in Neuseeland Rechte zuerkannt. Drei Jahre später erklärte das neuseeländische Parlament den ersten Fluss zur Rechtsperson. Es folgten vergleichbare Gesetzesbeschlüsse in den USA, Kanada und Indien. Treibende Kräfte sind in vielen Fällen indigene Völker, die Stones Idee mit ihrer indigenen Weltsicht verbinden.

Stones Idee beginnt unspektakulär in einem Einführungsseminar zum Eigentumsrecht, das er an der Universität von Südkalifornien hält. Stone redet über Rechtsgeschichte und die Frage, wie sich unser Rechtsverständnis im Laufe der Geschichte gewandelt und verfeinert hat. Dabei wagt er auch einen Blick in die Zukunft: Können wir uns eine radikal andere Welt vorstellen, eine Welt, in der die Natur Rechte hätte? Seine Frage trifft bei den Studentinnen und Studenten zunächst auf Unverständnis. Es folgt eine hitzige Diskussion, in der Stone seinen Standpunkt verteidigt. Nach Abschluss des Seminars ist er sich sicher: Dieser Idee muss er nachgehen.

In einem Telefongespräch mit der Universitätsbibliothek erkundigt er sich nach laufenden Gerichtsverfahren, in denen die Verteidigung der Natur eine Rolle spielt. Fündig wird er in den Bergen Kaliforniens. Dort plant der Walt Disney Konzern ein Schneeresort von 35 Millionen Dollar und stößt auf den Widerstand des Sierra Clubs. Dieser klagt gegen den Konzern, um ökologischen Schaden im Tal zu vermeiden. Die Klage wird in erster Instanz abgelehnt, da – so die Begründung – die Mitglieder des Sierra Clubs keinen persönlichen Schaden zu befürchten hätten. Stone ist von diesem Argument nicht überzeugt: Was wäre, so

denkt er, wenn das Tal selbst die Rechtsperson wäre, die von Unrecht betroffen ist? Dann müssten die Mitglieder des Sierra Clubs nicht klagen, um sich selbst gegen möglichen Schaden zu wehren, sondern könnten als eine Art „Vormund“ die Rechte des Tals verteidigen – so wie Eltern die Rechte ihrer Kinder.

Aber die Zeit, um in das laufende Gerichtsverfahren einzugreifen, ist knapp. Stone verabredet sich mit dem Herausgeber einer rechtswissenschaftlichen Zeitschrift, um einen entsprechenden Artikel zu lancieren. Das Glück kommt ihm dabei zur Hilfe: Der vorsitzende Richter in dem Fall, William Douglas, hatte sich bereit erklärt, ein Vorwort für die nächste Ausgabe der Zeitschrift zu schreiben. Selbst wenn Stones Artikel nicht rechtzeitig veröffentlicht werden könnte, so ist die Chance doch groß, dass Douglas ihn zumindest lesen würde, bevor der nächste Gerichtstermin ansteht.

Mit Spannung erwartet Stone daher den folgenden Gerichtstermin. Der Richter enttäuscht ihn nicht. Douglas erklärt, dass das Gerichtsverfahren signifikant vereinfacht werden könnte, wenn das Tal als eigene Rechtsperson anerkannt wird. Wie schon zuvor Stones Kursteilnehmer, so reagieren auch die Medien prompt und schreiben über den verrückten Professor und den Richter, der ihm Gehör schenkt. Einige polemische Antworten erscheinen sogar in Versform:

*Wenn Richter Douglas es so mag,
dann kommt wohl bald der schlimme Tag,
dann werden wir verklagt von Hügeln und Seen,
die auf Entschädigung besteh'n.
Große Berggipfel mit berühmten Namen
werden uns vor Gericht ermahnen.*

Das große Medienecho führt dazu, dass Stones Artikel „Sollten Bäume eine Klageberechtigung haben? Zu den Rechtsansprüchen natürlicher Objekte“ vielfach gelesen und zitiert wird. Doch bleiben die unmittelbaren Folgen zunächst überschaubar. Das ändert sich erst im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends, als indigene Völker in der ganzen Welt beginnen, ihre Stimme hörbar zu machen und Rechte für Mutter Natur einzufordern.

Einer von diesen Fällen ist der Fall des Whanganui Flusses in Neuseeland. Die Geschichte des Flusses ist eng mit der Geschichte des Landes verwoben. Schaut man in die Geschichtsbücher, so teilt Neuseeland das Schicksal vieler anderer Länder im asiatischen Pazifik: Kolonisierung, Gewalt und zahlreiche gescheiterte Versöhnungsversuche prägen die letzten Jahrhunderte auf dem Inselreich.

Die Geschichte Neuseelands beginnt im 13. Jahrhundert, als Neuseeland von den Māori entdeckt wird, die die Insel mithilfe ihrer Kanus ansteuern und dort Siedlungen errichten. Sie gelten als die Urbevölkerung Neuseelands. Die Kolonisierung durch die Briten erfolgt erst mehrere hundert Jahre später, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, und führt rasch zu Konflikten. Auch die Unterzeichnung eines gemeinsamen Vertrages führt nicht zum gewünschten Frieden. Die Übersetzung des Textes in die Māori Sprache hatte den Māori suggeriert, dass sie ihre Souveränität behalten würden. Die englische Version hingegen spricht von einer vollständigen Unterwerfung unter die britische Krone. Infolgedessen brechen neue Konflikte aus und kriegsähnliche Zustände beherrschen die Beziehungen zwischen den Māori und den britischen Kolonisatoren während des folgenden Jahrhunderts.

Erst 1975 wird ein Tribunal eingerichtet, das sich der Aufarbeitung der zahlreichen historischen Ungerechtigkeiten widmet und die Territorialansprüche der Māori behandelt. Einer dieser Fälle betrifft auch den Whanganui Fluss und die dazugehörige Uferlandschaft. Der Fluss wird durch zahlreiche Fischereibetriebe und ein Wasserkraftwerk ökologisch stark belastet, sodass sich der lokale Māori-Stamm dazu genötigt sieht, den Fluss gegen weitere Ausbeutung zu verteidigen und die eigenen traditionellen Fischerrechte einzufordern.

Der Rechtsstreit zieht sich über mehrere Jahrzehnte hin. 2010 veröffentlichen die Māori Akademiker Jacinta Ruru und James Morris ihren Artikel „Den Flüssen eine Stimme geben“, in dem sie vorschlagen, Christopher Stones Idee der Naturrechte auf den Whanganui Fluss anzuwenden. In dem Artikel beziehen sie sich nicht allein auf Stone, sondern auch auf die Weltsicht der Māori. Für die Māori ist der Fluss

nicht nur eine ökonomische Ressource, sondern vor allem ein Vorfahre und Mitglied in einem weitverzweigten Beziehungsnetzwerk, das Menschen, Tiere und die Natur umfasst.

2014 gelingt schließlich der Durchbruch: Der lokale Māori-Stamm und die neuseeländische Regierung unterzeichnen beide eine gemeinsame Erklärung, in welcher dem Fluss der Status einer Rechtsperson zuerkannt wird. 2017 wird das Dokument im neuseeländischen Parlament bestätigt. Der Whanganui Fluss ist nun weltweit der erste Fluss mit den „Rechten, Befugnissen, Pflichten und Verbindlichkeiten einer juristischen Person“. Zugleich werden zwei Vormünder eingesetzt, die sich für die „Gesundheit und das Wohlbefinden des Flusses“ einsetzen sollen. Einer dieser Vormünder ist Mitglied des lokalen Māori-Stamms, der andere Vormund ist Mitglied der neuseeländischen Regierung.

1972 wurde Christopher Stones Artikel veröffentlicht, 2017 inspiriert er die Anerkennung des Whanganui Flusses als Rechtsperson. Damit hat Stones Idee eine langsame, aber eindrucksvolle Karriere hingelegt. Im Verlauf wurde sie zu einem Gesetzesvorschlag weiterentwickelt, der schließlich einen jahrzehntelangen Konflikt in Neuseeland besiegeln konnte. Aber lässt sich Stones Idee auch in anderen Kontexten anwenden? Wären Flüsse und Wälder in Mitteleuropa ebenfalls Kandidaten für ein derartiges Rechtskonstrukt? Dieses Buch soll sich der Frage widmen, ob Rechte für Mutter Natur in der Tat eine reale Alternative für effektiven Naturschutz sind oder lediglich eine verrückte Idee bleiben müssen.

Der erste Teil des Buches wird sich mit den Argumenten der Befürworter der „Rechte für Mutter Natur“ befassen. Das erste Argument betrachtet die Zuerkennung von Rechten an Mutter Natur als eine Strategie, die übergroße Macht von Wirtschaftsunternehmen einzudämmen. Im internationalen Recht agieren Wirtschaftsunternehmen als Rechtspersonen und haben daher zahlreiche Möglichkeiten, ihre Interessen vor Gericht geltend zu machen. Der Natur Rechte zu verleihen, wird daher als eine Möglichkeit gesehen, die Natur gegen profitgierige Wirtschaftsunternehmen zu verteidigen. Das zweite Argument betont die Dringlichkeit von stabilen Rechtskonstruktionen

im Angesicht des rasch fortschreitenden Klimawandels. Besonders gefährdete Teile der Natur könnten zur Rechtsperson erklärt und damit effektiv auf den Klimawandel vorbereitet werden. Das dritte Argument betrachtet „Rechte für Mutter Natur“ aus der Perspektive indigener Völker. Nachdem westliche Weltbilder und marktwirtschaftliche Systeme zu einer weitreichenden Ausbeutung der Natur beigetragen haben, wird der Ruf nach einem Paradigmenwechsel lauter, in dem indigene Weltbilder alternative Ideen über die Beziehung zwischen Mensch und Natur beisteuern können.

Im zweiten Teil des Buches werden zwei Fallstudien aus Südamerika diskutiert, in denen die „Rechte für Mutter Natur“ in die Verfassung von Nationalstaaten aufgenommen wurden. Im Falle von Ecuador wird die lateinamerikanische Philosophie des „Buen Vivir“ (Gutes Leben) vorgestellt, die in Zusammenarbeit mit indigenen Völkern entwickelt wurde. Auf der Basis dieser Philosophie wurde die ecuadorianische Verfassung im Jahre 2008 grundlegend überarbeitet und um Naturrechte ergänzt. Die Umsetzung verlief allerdings alles andere als reibungslos und führte schließlich zu zahlreichen Konflikten mit der Regierung. Die bolivianische Verfassung wurde 2012 ebenfalls um Naturrechte ergänzt. Aber auch hier bleibt die Umsetzung ein steiniger Weg mit vielen Hindernissen.

Im dritten Teil des Buches werfen drei weitere Fallstudien aus Neuseeland, den Niederlanden und Deutschland spannende Fragen auf. Anhand des neuseeländischen Whanganui Flusses wird zunächst der bereits erwähnte Kampf der einheimischen Maori-Bevölkerung für die eigenen Landrechte analysiert, der 2017 zu einer kleinen Rechtsrevolution führt: Ein Fluss wird als Rechtsperson anerkannt. In den Niederlanden setzt sich die „Botschaft für die Nordsee“ dafür ein, der Nordsee Rechte zuzuschreiben. Ein kurzer Überblick vermittelt einen Eindruck von den zugrundeliegenden Motiven der Mitglieder der „Botschaft für die Nordsee“ und beschreibt einige politische und künstlerische Aktionen des Aktivistenkollektivs. In Deutschland schließlich endet die ausgewählte Anthologie bei den Protesten rund um den Hambacher Forst. Im Fokus steht die Frage, inwiefern Rechte für

den Hambacher Forst eine Alternative für effektiven Umweltschutz sein könnten.

Im vierten und letzten Teil des Buches werden drei rechtsphilosophische Aspekte beleuchtet. Im Kapitel „Die Natur als Rechtsperson“ geht es um die Frage, inwiefern die Natur als Person betrachtet werden kann oder nicht. Was bedeutet es, die Natur als Rechtsperson zu verstehen? Brauchen wir einen erweiterten Personenbegriff, um eine derartige Rechtskonstruktion zu rechtfertigen? Im zweiten Kapitel „Die Natur vor Gericht“ wird beschrieben, auf welche Weise die Natur vor Gericht repräsentiert werden kann. Wer darf im Namen von Mutter Natur sprechen und warum? Darf sich jeder zum Hüter der Natur erklären oder muss man dafür bestimmte Voraussetzungen erfüllen? Im dritten Kapitel „Jenseits vom Rechtsdiskurs“ werden verschiedene Alternativen zum Rechtsbegriff vorgestellt, die von indigenen Weltbildern inspiriert sind. Reicht es für den Naturschutz aus, zu den bestehenden Rechte einfach ein paar weitere Rechte hinzuzufügen? Oder geht es vielleicht nicht nur um die Einführung neuer Rechte, sondern darum, unser Verhältnis zur Natur neu zu überdenken?

Das Buch will dabei keine fixen Antworten geben, sondern eine kurze und präzise Einführung in dieses komplexe Thema bieten. Christopher Stone ist am 14. Mai 2021 nach einem langen und erfüllten Leben in Los Angeles verstorben. Doch die Frage, die er seinen Studentinnen und Studenten gestellt hat, bleibt hochaktuell: Wie sähe eine Welt aus, in der Wälder, Berge, Flüsse und andere "natürlichen Objekte" in der Umwelt zu Rechtspersonen erklärt werden? Weltweit sind bereits erste Schritte in diese Richtung erkennbar. „Rechte für Mutter Natur“ – vielleicht auch eine Option für uns?